



Lorenz Gösta Beutin
Klima- und Energiepolitischer Sprecher (MdB)
Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bundeskanzlerin der Bundesrepublik
Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Innenminister der Bundesrepublik
Deutschland
Herr Horst Seehofer
Bundesministerium des Innern, Bau und
Heimat
10557 Berlin

Berlin, 21.04.2020
Bezug: Offener Brief
Anlagen: Unterschriftenliste

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: JKH
Raum: 2.846
Telefon: +49 30 227-77447
Fax: +49 30 227- 70448
lorenz.beutin@bundestag.de

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr
Innenminister,

die Corona-Pandemie ist ein historischer Einschnitt und betrifft alle Teile der Gesellschaft. Für Arbeiter*innen, Familien, Künstler*innen, Selbstständige, Unternehmer*innen, das Gesundheitswesen, die Reisebranche und andere Krisenbetroffene hat die Bundesregierung die ersten notwendigen Corona-Rettungsschirme gespannt und Schutzmaßnahmen ergriffen. Diese Corona-Hilfen begrüßen wir ausdrücklich, als Opposition im Bundestag hat DIE LINKE diese ersten Sicherungsmaßnahmen in kritischer Begleitung mitgetragen.

In Deutschland leben schätzungsweise zwischen 200.000 bis 600.000 Menschen ohne Papiere. Diese Personengruppe, die aus unterschiedlichen Gründen in der rechtlichen Illegalität lebt, hat aus Sorge vor Aufdeckung de facto weder Zugang zu staatlichen Hilfen, zum Gesundheitssystem, zum Schutz durch Arbeits- und Sozialrecht. In Folge des Shutdowns sind Zehntausende, die ihren Lebensunterhalt in Gastronomie, Hotelgewerbe, auf Baustellen, in Privathaushalten verdienen, aus der informellen Schattenwirtschaft ohne Absicherung nach Hause geschickt worden und verfügen seitdem vielfach über kein Einkommen. Wegen erhöhter Polizeipräsenz auf den Straßen trauen sich Menschen ohne Papiere kaum noch aus der Wohnung, was ihre



gesellschaftliche Marginalisierung weiter verstärkt. Mangels statistischer Erfassung seitens der Bundesregierung über die Zahl der Menschen in der Illegalität wissen wir nicht, wieviel Leid und Not bei diesen Menschen in unserem Land durch die derzeitige Situation entsteht.

Wir sind der vollen Überzeugung und halten es aus humanitären Gründen für dringend notwendig, dass auch diesen Menschen die vollständige staatliche Hilfe zugesichert werden muss. Auf dem Integrationsgipfel am 2. März 2020 haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, völlig zu Recht festgestellt:

"Jeder Mensch, der in diesem Lande lebt, muss sich sicher fühlen können und muss in seiner Würde akzeptiert werden. Das gibt uns auch das Grundgesetz auf. Sicherheit ist die Voraussetzung dafür, dass man in seiner Würde überhaupt akzeptiert wird."

Auch Menschen ohne Papiere sind Teil der deutschen Bevölkerung. Diese Menschen kommen nach Deutschland, weil ein normales Leben in ihrer Heimat nicht möglich ist, durch Handelsregime, Klimakrise und Rüstungsexporte trägt Deutschland eine Mitverantwortung für ihre Migration. Andere Regierungen haben bereits gehandelt, in Portugal zum Beispiel wird Menschen ohne Papiere wegen der Corona-Krise das Bleiberecht und kostenfreier Zugang zum Gesundheitssystem, Sozialleistungen und Corona-Hilfen gewährt. Der US-Bundesstaat Kalifornien gewährt über zwei Millionen Menschen ohne Papiere den Zugang zu staatlichen Corona-Hilfen.

Schützen wir die Würde und Sicherheit aller in Deutschland lebenden Menschen!

Dafür ist es erforderlich:

- Menschen ohne legalen Aufenthalt in Deutschland eine finanzielle Corona-Hilfe in Höhe von einmalig 1500 Euro zu gewähren (Stichtagsregelung: 22. März 2020).
- eine sofortige Generalamnestie für alle Menschen ohne legalen Aufenthalt in Deutschland zu erlassen (Stichtagsregelung: 22. März 2020).
- eine Legalisierung für alle Menschen ohne legalen Aufenthalt in Deutschland einzuleiten (Stichtagsregelung: 22. März 2020).
- sämtliche Abschiebungen aus Deutschland auszusetzen.



- Übermittlungspflichten nach § 87 AufenthG
(Übermittlungspflichten zu Menschen mit illegalem Aufenthalt)
sofort abzuschaffen.

- Vorschriften des § 96 AufenthG (Strafbarkeit bei Unterstützung
von Menschen mit illegalem Aufenthalt), die zur
Kriminalisierung von Helfer*innen führen, sofort abzuschaffen.

Über eine Antwort wären wir sehr erfreut.

Mit freundlichen Grüßen

Lorenz Gösta Beutin

Michel Brandt (Mitinitiator)

Caren Lay

Bernd Riexinger

Martina Renner

Anke Domscheit-Berg

Norbert Müller

Simone Barrientos

Tobias Pflüger

Cornelia Möhring

Alexander Ulrich

Sylvia Gabelmann

Ralph Lenkert

Ulla Jelpke

Sabine Leidig

Christine Buchholz

Niema Movassat

Gökay Akbulut

Harald Weinberg

Kirsten Tackmann

Thomas Nord

Doris Achelwilm

Hubertus Zdebel

Kathrin Vogler

Friedrich Straetmanns

Nicole Gohlke

Eva-Maria Schreiber

(unten stehende Unterschriftenliste ist wegen eingeschränkter
Präsenz der MdB auf der Fraktionssitzung DIE LINKE aufgrund
der Corona-Pandemie nicht vollständig)

Unterschriften offener Brief

F. L.

[Handwritten signature]

Ulla Joffe

Corwin

R. Galt

As lay

Misch Gohlke

Ch. Weyler

Ana Kreiber

H. Hing

Tobias Olsen

Cokey Akbulat

S. Ulichy

[Handwritten signature]